

Rolf Bleich

*Zur Kritik an K.-E. Lohmanns Aufsatz: »Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma«**

Zunächst möchte ich meine Übereinstimmung mit Teil 1 (Kritik der »Stoppt-Strauß-Bewegung«) der Arbeit von K.-E. Lohmann betonen. In Teil 2 charakterisiert er die Grünen hinsichtlich ihres objektiven Programms (das ist das »wirkliche, handlungsleitende« im Gegensatz zum geschriebenen Programm; im folgenden ist mit »Programm« immer das objektive gemeint) als 2-Punkte-Bewegungen; ihre beiden zentralen »Punkte« seien »Umweltschutz« und »Radikaldemokratie«. Eingang des 3. Teils (»Grüne und 5-Prozentklausel«, S. 29 - 34) – es ist dies der Hauptteil; meine Kritik wird sich auf ihn konzentrieren – stellt Lohmann die Frage, ob es Zufall sei oder nicht, »daß die Grünen die einzige außerparlamentarische Gruppierung sind, die in der Lage ist, bei Parlamentswahlen die 5-Prozenthürde zu überwinden.« Zur Klärung dieser Frage bedarf es nach Lohmann einer Vorverständigung über den 5-Prozentklausel-Mechanismus; dieser nun betreffe primär Parteien, d.h. »Gebilde mit globalen (d.h. alle politischen Probleme umfassenden) objektiven Programmatiken.« Als Antwort auf die obige Frage folge somit: Da die Grünen nur eine 2-Punkte-Bewegung darstellten, seien »sie in weit geringerem Ausmaß von dem 5-Prozentklausel-Mechanismus betroffen.«

Lohmann sucht dies zu explizieren anhand einer Aufklärung der Bedingungen, unter denen die 5-Prozentklausel »wirkt«, wofür er eine kleine nichtparlamentarische Partei (DKP) als Beispiel heranzieht.

Fragen wir zunächst danach, was es bedeutet, daß eine solche Partei ein globales Programm hat; es wird dann klar werden, wie die 5-Prozentklausel Lohmann zufolge »wirkt«. Die Überlegungen in Bezug auf die Grünen schließen daran an.

Die Argumentation Lohmanns werde ich in rekonstruierter Fassung vorlegen – siehe (1) bis (20); dies ist notwendig, um in möglichst klarer Weise darzutun, wo Lohmann irrt und was dies jeweils für Folgen hat.

- (1) In globalen Programmen steht jeder einzelne Punkt in Relation zur Gesamtprogrammatik;
- (2) jeder einzelne Programmpunkt muß sich widerspruchsfrei ins Gesamtprogramm einfügen;
- (3) wenn ein Programm konsistent ist, dann ist es mit allen anderen ebenfalls konsistenten Programmatiken vergleichbar;
- (4) mit dieser Vergleichbarkeit ist die Grundlage dafür gegeben, daß die potentiellen

* in: PROKLA 38, Seite 23 - 39

Wähler (z.B. der DKP) eine Rangfolge der Parteien bilden (z.B.: 1. DKP, 2. SPD, 3. CDU);

- (5) ist eine kleine Partei von ihren potentiellen Wählern in eine solche Rangfolge gebracht worden, so befinden sich diese potentiellen Wähler in einem Dilemma;
- (6) das Dilemma besteht darin, daß der potentielle Wähler einer kleinen, nichtparlamentarischen Partei wie z.B. der DKP sich entscheiden muß, ob er die DKP in Bezug auf die SPD stärken will (wodurch er eine Stärkung der CDU in Bezug auf die SPD bewirkt), oder ob er die SPD in Bezug auf die CDU stärken will (wodurch er die DKP in Bezug auf die SPD schwächt). Weder will er seine Stimme verschenken, noch der CDU nützen; also wird er höchstwahrscheinlich die SPD wählen: die 5-Prozentklausel hat »gewirkt«. -

Demgegenüber liegt der entscheidende Vorteil von 1- oder 2-Punkt-Bewegungen wie den Grünen in folgendem:

- (7) Die Grünen sind nicht gezwungen, die Leistung des Konsistent-Machens einer globalen Programmatik zu erbringen;
- (8) die Grünen sind deshalb unvergleichlich;
- (9) aufgrund dieser Unvergleichlichkeit kommt es bei den potentiellen Wählern der Grünen nicht zur Bildung einer Rangfolge: 1. Grüne, 2. SPD usw., sondern es kommt zur Polarisierung: Grüne vs. Nicht-Grüne.

Als Argument für (7) kann man folgendes lesen:

- (10) Bei 1- oder 2-Punkt-Bewegungen wie den Grünen existiert ein Konsistenzproblem nicht;
- (11) ein Konsistenzproblem gibt es nicht, weil 2 Punkte sich ja nur schwer widersprechen können.

Unmittelbar an (11) anschließend formuliert Lohmann:

- (12) Daher ist der Alltagsverstand, wenn er sich die grüne Programmatik erklären will, auf den Begriff des Willens angewiesen: »Die Grünen machen ihre Umweltschutzpolitik, weil sie das eben wollen und für das wichtigste halten.«
- (13) Im Gegensatz dazu befähigt das Wissen um die globale Programmatik von Parteien den normalen Bürger, eine rudimentäre Erklärung der Politik dieser Parteien herzustellen;
- (14) aufgrund solcher Erklärungen gelangt der Alltagsverstand zu der Einsicht, daß Parteien wie CDU und SPD gar nicht in der Lage sind, eine vernünftige Umweltschutzpolitik zu wollen;
- (15) damit wird zwischen allen Parlamentsparteien und den Grünen ein Gegensatz im politischen Willen konstatiert;
- (16) dieser verhindert, daß der Grünen-Sympathisant die Rangfolge bildet.
- (17) Die Leistung des Konsistent-Machens ist nur ein anderer Ausdruck für die Bestimmung des Bündnisses;
- (18) aufgrund von (7) entfällt für die Grünen damit die Notwendigkeit der Erstellung einer Bündniskonzeption;
- (19) die Form der Nicht-Partei erklärt somit auch die Unterschiedlichkeit der möglichen grünen Aktiven.
- (20) Aus all dem sollte klar geworden sein, daß es das Beste wäre, wenn die parteipolitisch nichtorganisierte Linke einheitlich die Grünen unterstützen und wählen würde.

Es folgt nun meine Kritik.

(1) *Zum »2-Punkte«-Problem*

a) *Erste Gegenargumentation:* Daß die Grünen eine »2-Punkte-Bewegung« sind, heißt, daß ihr objektives Programm lediglich aus den beiden »Punkten« »Umweltschutz« und »Radikaldemokratie« gebildet wird – so könnte man wenigstens meinen. Tatsächlich aber ist es nach Lohmann so, daß diese beiden »Punkte« nur die identitätsbildenden und »alles übrige dominierenden und strukturierenden« (S. 28) sind; daraus folgt, daß auch die objektive Programmatik (für die geschriebene gesteht es Lohmann ohnehin zu / cf. S. 27) aus mehr als 2 Punkten besteht (denn was soll mit »alles übrige« gemeint sein, wenn nicht »andere Punkte«!). Nimmt man nun an (wie es Lohmann offenbar tut), daß das Inkonsistenz-Risiko umso höher ist, je mehr »Punkte« ein Programm aufweist, so wären auch die Grünen (als »mehr-als-2-Punkte-Bewegung«) mit erhöhter Wahrscheinlichkeit nicht der Last des »Konsistent-Machens« enthoben. Mithin sind (7), (8) und (9) hinfällig, die eingangs zitierte »Antwort« Lohmanns läßt sich nicht aufrechterhalten. Die Konsequenzen bezüglich (10) bis (20) möge jede(r) selbst ziehen...

b) *Zweite Gegenargumentation:* »Umweltschutz« und »Radikaldemokratie« sind nicht einfach 2 »Punkte«, sondern es sind 2 *komplexe* »Punkte«. Aus 2 komplexen »Punkten« (und insbesondere aus diesen!) lassen sich aber - je nach dem Grad der Differenzierung - nahezu beliebig viele weitere »Punkte« machen.

Damit sind wir wieder bei der Schlußfolgerung der ersten Gegenargumentation angelangt.

c) *Dritte Gegenargumentation* (sie ist die schwächste und daher hier nur angedeutet): Beläßt man es dabei, die Programmatik der Grünen durch besagte 2 »Punkte« zu charakterisieren, so muß explizit und begründet ausgeschlossen sein, daß die »globalen« Programmatiken (der »richtigen« Parteien) ebenfalls auf nur 2 komplexe »Punkte« reduzierbar sind. Andernfalls fallen (8) und (9).

(2) *Zum Problem der Konsistenz und der Vergleichbarkeit*

a) *Erste Gegenargumentation:* In (3) wird die innere Konsistenz eines Programms als Bedingung für dessen Vergleichbarkeit mit anderen konsistenten Programmen genannt.

In (7) und (8) wird die Nicht-Notwendigkeit des Konsistent-Machens eines Programmes als Bedingung für die Unvergleichlichkeit derjenigen angeführt, die eventuell dieser Notwendigkeit ausgesetzt sein könnten. Offensichtlich wurde hier die Ebene der Argumentation in unzulässiger Weise gewechselt.

Liest man nun (7) und (8) so, daß in ihnen die Nicht-Konsistenz eines Programmes als Bedingung für dessen Unvergleichlichkeit angegeben wird, so ist Lohmanns Intention natürlich auch nicht getroffen; denn er meint ja nicht, daß die Grünen ein inkonsistentes Programm haben – was er aber meint, ist paradox: daß nämlich die Grünen zwar ein Programm haben, jedoch in Bezug auf dieses keinerlei Konsistenzproblemen ausgesetzt sind. Damit postuliert er die Möglichkeit eines Programmes, das in sich weder konsistent noch inkonsistent ist. Es müßte sich hierbei um etwas handeln, das lediglich aus einem Wort oder einem elementaren Satz bestünde. Ein solches Gebilde würde jedoch niemand »Programm« nennen. Lohmann spricht somit implizit den Grünen ein Programm sowohl zu als auch ab.

b) *Zweite Gegenargumentation:* (3) vor Augen sei angenommen, daß ein Programm mit

anderen Programmen nicht vergleichbar ist. Erlaubt dies nun das Schließen auf die Inkonsistenz jenes Programmes? Logisch gesehen wäre das sogar zwingend. Dann aber erhebt sich die Frage: ist es überhaupt sinnvoll, »Konsistenz« und »Vergleichbarkeit« in einem Konditionalsatz wie (3) miteinander in Verbindung zu bringen? Setzen wir noch eine Stufe tiefer an: unter welcher Bedingung ist Etwas mit einem anderen Etwas vergleichbar? Doch wohl unter der, daß Etwas von dem anderen Etwas verschieden ist (unter einer bestimmten Perspektive natürlich). Einzig unter der Voraussetzung, daß Etwas und das andere Etwas zusammenfallen, ist Nicht-Vergleichbarkeit vorhanden – denn es ist absolut sinnlos, Etwas mit sich selbst vergleichen zu wollen. Andererseits: wenn wir »Verschiedenheit« zwischen Etwas und einem anderen Etwas konstatieren, haben wir auch immer schon verglichen! Fazit: Konstatieren wir, daß das Programm der Grünen verschieden ist von den Programmen der »richtigen« Parteien, so bestätigen wir implizit seine Vergleichbarkeit mit diesen. »Vergleichbarkeit« hat also innigst etwas mit »Verschiedenheit« zu tun, nichts jedoch mit »Konsistenz«.

Würden wir behaupten, das Programm der Grünen zeichne sich dadurch aus, daß es weder konsistent noch inkonsistent ist, während wir das Programm einer »richtigen« Partei für konsistent bzw. inkonsistent erachteten, so würden wir ihre Verschiedenheit unter dem Aspekt der Konsistenz festgestellt haben und damit wiederum die Vergleichbarkeit beider Programme (unter jenem Aspekt). Dann aber würden (4) und (5) nicht nur für Parteien gelten, sondern auch für die Grünen (in der Logik Lohmanns)!

c) *Dritte Gegenargumentation:* Gegenüber (11) ist festzuhalten: ein Konsistenzproblem gibt es für die Grünen sehr wohl, da nämlich zwei »Punkte« sich äußerst leicht widersprechen können – und insbesondere solche wie »Umweltschutz« und »Radikaldemokratie«.

Nehmen wir an, es glaubt jemand, wirksamer Umweltschutz sei nur möglich unter der Prämisse: »Es gibt einen zentralistisch geführten Staat, der verbindliche politische Entscheidungen fällen und diese auch durchsetzen kann«, so wäre der Widerspruch schon da; denn was könnte eine solche Vorstellung noch mit der von »Radikaldemokratie« gemein haben?

Würden die Grünen nun einfach die Konsistenzforderung zurückweisen oder ignorieren und sagen, auch Vorstellungen wie die oben zuerst genannte seien zugelassen, so würden sie damit einen 3. »Punkt« in ihr Programm aufnehmen, nämlich den »Punkt«: »autoritärer Staat«. Somit verfügten sie faktisch über ein inkonsistentes Programm, gleichviel, ob sie der Ansicht wären, der Konsistenzforderung enthoben zu sein!

Würden sie solche Vorstellungen aber zurückweisen, dann würden sie es deshalb tun, weil diese ihre Ansicht nach nicht mit dem »Punkt« »Radikaldemokratie« vereinbar wären – und damit hätten sie bezüglich ihres Programmes einen Akt des Konsistent-Machens vollzogen. Theoretisch gibt es also auch bei 2-Punkte-Programmen sehr wohl Konsistenzprobleme, und es möge mir niemand weismachen wollen, daß diese in der politischen Praxis der Grünen nicht existierten. Die Grünen verfügen demnach entweder über ein konsistentes oder ein inkonsistentes, auf jeden Fall aber über ein vergleichbares Programm; womit (8) und (9) entkräftet wären (wenn wir (8) so lesen, daß mit »die Grünen sind« gemeint ist: »das Programm der Grünen ist« und mit »unvergleichlich«: »unvergleichbar«; meinte Lohmann mit »unvergleichlich«: »einzigartig«, so wäre darauf zu sagen, daß Vergleichbarkeit eine notwendige Bedingung für Einzigartigkeit darstellt, denn: nur was mit anderem vergleichbar ist, kann einzigartig sein).

Als Ergebnis haben wir wiederum, daß (4) und (5) auch für die Grünen gelten (in der Logik Lohmanns).

d) *Vierte Gegenargumentation*: (11) wird entkräftet mittels der ersten und zweiten Gegenargumentation aus »1.« Zum '2-Punkte-Problem'. Ergebnis: (10) sowie (7) bis (9) werden hinfällig, (4) und (5) gelten auch für die Grünen (in der Logik Lohmanns).

(3) *Zum Problem der Erklärung*

(12) ließe sich schon dadurch erledigen, daß wir einfach die Unhaltbarkeit von (10) und (11) ins Felde führen.

Wir können aber auch direkt bei (12) ansetzen. Es ist ja nicht ohne weiteres einsichtig, weshalb der Alltagsverstand zwecks einer Erklärung der grünen Programmatik (genauer: der Umweltschutzpolitik der Grünen) auf den Begriff des Willens angewiesen sein sollte. Eher wäre z.B. anzunehmen, daß die Erklärung wie folgt aussieht: »Die Grünen haben diese und jene Probleme erkannt und meinen daher, dies und jenes tun zu müssen« - oder sollte das etwa dem Alltagsverstand (über den sich ja viele so hoch zu erheben meinen) schon nicht mehr zuzutrauen sein?

Bei den »richtigen« Parteien ist es nun in der Tat so, daß der Alltagsverstand aus dem jeweiligen Programm dieser Parteien unschwer entnehmen kann, daß sie gar keine vernünftige Umweltschutzpolitik wollen können.

Wenn nun der Alltagsverstand wirklich im Hinblick auf diesen »Punkt« »Umweltschutz« einen Gegensatz im politischen Willen zwischen Grünen und Parteien erblickt, so setzt dies offensichtlich voraus, daß der Alltagsverstand sich nicht nur erklären kann, weshalb die Parteien - verkürzt gesagt - »nicht wollen können«, sondern auch, weshalb die Grünen »wollen können«. Es wäre ja völlig sinnlos zu sagen: »ich weiß, daß aus dem und dem Grunde die einen nicht wollen können, und ich weiß auch, daß die anderen wollen, allerdings weiß ich nicht, ob die anderen auch wollen können; also existiert zwischen den einen und den anderen ein Gegensatz im (politischen) Willen.« Denn wenn ich nicht weiß, ob die anderen wollen können, so weiß ich tatsächlich nicht, ob sie überhaupt wollen, und wenn ich letzteres nicht weiß, kann ich nicht zur Konstatierung jenes Gegensatzes gelangen!

Das Problem des »Wollen-Könnens« stellt sich in Bezug auf die Grünen ebenfalls. Das wird sofort deutlich, wenn wir uns auf den 2. »Punkt« der Grünen, die »Radikaldemokratie«, besinnen. Denn zumindest mit diesem »Punkt« muß das Umweltschutzprogramm konsistent sein; daß diese Konsistenz keineswegs selbstverständlich ist, wurde oben (2c) gezeigt. Der Alltagsverstand wird also zumindest anhand dieses 2. »Punktes« für sich entscheiden, ob die Grünen eine vernünftige Umweltschutzpolitik wollen können. Er verfährt hierbei im Hinblick auf die Grünen wohl in der gleichen Weise wie im Hinblick auf die Parteien.

Nähe nun Lohmann wirklich ernst, daß die Grünen neben »Umweltschutz« auch »Radikaldemokratie« in ihrem Programm haben, so müßte ihm das obige klar sein, und er müßte auch zugestehen, daß das Erklärungsproblem sich nicht das eine mal auf der Ebene der Konstatierung des »Überhaupt-Wollens«, das andere mal aber auf der des »Wollen-Könnens« stellt, denn sonst würde (15) unhaltbar werden.

(4) Zum Problem der Rangfolge und des Geltungsbereiches

Aus den Gegenargumenten im 2. Teil der Kritik folgt, daß sich (9) nicht aufrechterhalten läßt, d.h. es kann bei den potentiellen Wählern der Grünen sehr wohl zur Bildung einer Rangfolge kommen – und falls es nicht dazu kommt, so ist das nicht mittels jener »Unvergleichlichkeit« erklärbar.

Diejenigen unter den potentiellen Wählern der Grünen, die eine solche Rangfolge nicht bilden, tun dies deshalb nicht, weil sie ganz einfach fest entschlossen sind, die Grünen zu wählen; ein »Dilemma« stellt sich für Fest-Entschlossene nicht, für sie ist von vornherein eine Polarisierung (Grüne vs. Nicht-Grüne) gegeben. Das gleiche gilt für bestimmte Protestwähler.

Und just diese Personenkreise (Fest-Entschlossene oder »überzeugte Anhänger« sowie »echte Protestwähler«) sind es nun – so erfährt man als überraschter Leser in Anmerkung 11 auf S. 37 –, auf welche Lohmann die Geltung seiner Überlegungen eingeschränkt wissen will (nachdem er im Haupttext den Geltungsbereich seiner Aussagen offensichtlich überdehnt hatte, indem er dort mit Ausdrücken wie »potentielle Wähler der Grünen« (S. 32) oder »Grünen-Sympathisant« (S. 34) operierte).

Nebenbei: die sozialistische Linke rechnet Lohmann nur bedingt zu jenen überzeugten Anhängern und echten Protestwählern.

Nun ist es an der Zeit, daß wir uns ärgern! Wir bekamen von Lohmann eine auf den ersten Blick mehr oder minder ausgeklügelte Geschichte über die 5-Prozentklausel bzw. darüber, weshalb die Grünen von ihr »in weit geringerem Ausmaß« (S. 30) betroffen seien, präsentiert. Er hat uns zu erklären versucht, was im Kopf der »potentiellen Wähler der Grünen« vor sich geht – und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Grünen angeblich nur ein 2-Punkte-Programm haben. Frohgestimmt mag manche(r) schon gedacht haben: aha, aus der Not wird eine Tugend, die Grünen haben eine Anziehungskraft auf weit mehr Leute als vormals angenommen, gerade weil sie nur ein 2-Punkte-Programm besitzen. Jetzt aber präsentiert uns Lohmann eine andere Geschichte: nämlich die, daß seine erste Geschichte nur für überzeugte Anhänger und echte Protestwähler gilt. Im Klartext heißt daß: Lohmann glaubt, daß er uns erklären muß, weshalb überzeugte Anhänger der Grünen und echte Protestwähler bei ihren Wahl-Erwägungen nicht in ein Dilemma geraten und somit höchstwahrscheinlich auch die Grünen wählen werden. Die Konstruktion, die zu dieser Erklärung dient, ist, wie gezeigt, unhaltbar. Aber setzen wir wieder tiefer an:

Gibt es hier eigentlich überhaupt etwas zu erklären? Antwort: wenn es hier etwas zu erklären gibt, dann ist es die Tatsache, daß überzeugte Anhänger der Grünen auch die Grünen wählen (neben echten Protestwählern). Da es sich hierbei um eine Trivialität handelt, liegt nichts vor, was uns erklärt werden müßte. Es hätte genügt, wenn Lohmann gesagt hätte: Überzeugte Anhänger der Grünen (und echte Protestwähler) geraten nicht in ein Wahldilemma, werden also mit höchster Wahrscheinlichkeit die Grünen auch wählen. Die 5-Prozent-Klausel kann den Grünen dann nicht viel anhaben, wenn sie eben über eine ausreichende Anzahl überzeugter Anhänger (und echter Protestwähler) verfügen (und nicht etwa: aufgrund dessen, daß sie nur ein 2-Punkte-Programm haben!) – Punkt.

Eine andere Frage ist, weshalb jemand von den Grünen überzeugt ist; und wieder eine andere Frage ist, weshalb die Grünen z.B. im Vergleich zur DKP mehr überzeugte Anhänger haben und auch für Protestwähler attraktiver sind...

Was hat Lohmann also getan?

- a) Er erklärte uns etwas;
- b) er tat dies mittels einer nicht haltbaren Konstruktion;
- c) er faßte innerhalb seiner Erklärung den Geltungsbereich seiner Aussagen sehr unscharf, um nicht zu sagen: irreführend;
- d) er bestimmte den Geltungsbereich im nachhinein eindeutig.

Fazit:

Hätte Lohmann mit d) angefangen, so hätte er sich a) bis c) ersparen können; er hätte dann mit d) nicht nur anfangen, sondern auch aufhören können.

Abschließend sei zu (20) bemerkt:

Für die parteipolitisch nichtorganisierte Linke bleibt im Hinblick auf die Grünen nahezu alles so unklar (oder so klar), wie es bisher gewesen ist.

Sollte übrigens jemand der Meinung sein, ich hätte hier Haarspaltereien zum Besten gegeben, so sage ich dazu: es war mir darum zu tun, die Haare aus der Suppe zu entfernen – daß sie zu diesem Zweck manchmal gespalten werden mußten, liegt nicht an mir. Ebenfalls nicht, daß danach von der Suppe kaum etwas übrigblieb.

Es geht ja in einer Arbeit wie der von Lohmann nicht um die Bekundung von bloßen Meinungen, sondern um politisch relevante Erklärungen, ja sogar: um Theoriebildung (»Theorie der 5-Prozentklausel«, S. 30). Dazu aber ist es erforderlich, nicht nur eine möglichst einfache Sprache (die will ich Lohmann gerne zubilligen), sondern auch eine möglichst klare Sprache zu sprechen.

Andernfalls könnten ungewollt sehr leicht Gerüchte produziert werden – und mit solchen kommen wir nicht vom Fleck.

Karl-Ernst Lohmann

Nochmal zur Funktionsweise der 5-Prozentklausel

Antwort auf die Kritik Bleichs

Rolf Bleichs Kritik an meiner »mehr oder minder ausgeklügelten Geschichte über die 5-Prozentklausel« (Bleich) artikuliert das generelle Unverständnis gegenüber einer Art von politischer Analyse, wie ich sie in dem Prokla-Artikel vorgetragen hatte. Seine Kritik kulminiert in der Behauptung, dasjenige, was ich erklärt hätte: daß überzeugte Grüne die grüne Partei wählen, sei eine Trivialität, die gar keiner Erklärung bedürfe. Da ich annehme, daß dieses Unverständnis nicht nur dasjenige Bleichs ist, skizzierte ich in allerdings notwendig verkürzter Form die allgemeinen politik-theoretischen Fragestellungen, vor deren Hintergrund mein Artikel vielleicht verständlicher wird; dabei stütze ich mich vor allem auf die Arbeiten von Michael Jäger (1977, 1979, 1980). Im dritten Teil gehe ich dann im Detail auf die Kritikpunkte Bleichs ein. Dabei lasse ich mir die Gliederung von ihm vorgeben – das erhöht zwar nicht gerade die Lesbarkeit, ermöglicht aber eine Überprüfung durch den Leser, inwieweit ich mich Bleichs Argumenten entzogen habe oder nicht.

Wenn man die Frage stellt, wer in der bürgerlichen Gesellschaft eigentlich die politische Herrschaft ausübt (vgl. Jäger 1979, S. 54), so wird man als Marxist zwei Antworten geben, eine theoretische und eine empirische. Vor dem Hintergrund der Klassentheorie lautet die Antwort: es ist die (ökonomisch) »herrschende Klasse«, also die Großbourgeoisie, welche auch die politische Herrschaft ausübt. Die empirische Antwort lautet: es sind »die Parteien«, die politisch herrschen. Wie kann man beide Antworten miteinander vereinbaren? Der naheliegendste Versuch ist, die Beziehungen zu bestimmen zwischen Klassen und Parteien. Gängigerweise werden diese durch eine klassentheoretische Fundierung des Partei-begriffs gefaßt: Parteien sind Klassenparteien, d.h. die Politik einer Partei läßt sich durch Rekurs auf ihre Klassenbasis erklären. Danach gibt es z.B. in der BRD eine Kapitalpartei, die CDU/CSU, und eine Arbeiterpartei, die SPD. Damit sind aber sofort einige Schwierigkeiten verbunden: denn offenbar kann man z.B. nicht sagen, die SPD betreibe Arbeiterpolitik.

Der Schluß, den der ganz überwiegende Teil marxistischer Theoretiker daraus zieht, ist bekannt: seit über 10 Jahren prophezeihen Marxisten der Sozialdemokratie den Mißerfolg ihrer Politik. Von einem solchen Mißerfolg ist aber empirisch nichts zu sehen: trotz jahrelanger Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe blieb die SPD an der Regierungsmacht. Die Nichtübereinstimmung der pessimistischen SPD-Prophezeihungen mit der relativ erfolgreichen SPD-Politik wird in der Regel durch zwei Zusatzannahmen erklärt: erstens wenn die ökonomische Krise nur tief genug sei, werde sich der Bankrott der SPD-Politik schon einstellen. Die englische Entwicklung zeigt, daß dies möglich ist, aber einen erstaunlichen Effekt hat: daß eine sozialdemokratische Arbeiterpartei keine Arbeiterpolitik macht, führt nämlich nicht (wie man meinen sollte) dazu, daß sozialistische/kommunistische Arbeiterparteien gestärkt werden; vielmehr sind es die Konservativen (die »Kapitalpartei«), die daraus politischen Nutzen ziehen. Dies kann nun aber klassen- bzw. klassenpartei-theoretisch kaum erklärt werden.

Eine andere gängige Weise, mit diesen Schwierigkeiten umzugehen, führt zu Aussagen wie der folgenden: »Wahlen können in der bürgerlichen Gesellschaft etwas bedeuten oder nicht. Das hängt davon ab, ob gesellschaftliche Tendenzen zu ihrem politischen Ausdruck drängen. (...) Die Bundestagswahl (...) 1976 hingegen wird eine politisch formalisierte und sozial inhaltsleere Veranstaltung bleiben, in ihr wird nichts an gesellschaftlichen Widersprüchen aufscheinen, und zwar unabhängig von den kandidierenden Parteien.« (Becker-Panitz/Schmiederer 1976, S. 22) Diese Sätze, die ja als kritische gelesen werden wollen, reproduzieren in ganz hilfloser Weise die spezifische Leistung bürgerlicher parlamentarisch-demokratischer Systeme: nämlich deren Fähigkeit, Klassenpolitik »unsichtbar« zu machen durch Parteipolitik. Die theoretische Aufgabe bestünde darin, die klassenpolitische Differenz z.B. zwischen der CDU/CSU- und der SPD/FDP-Politik herauszuarbeiten. Stattdessen präzisieren die Autoren der BRD als zu kritisierendes Spezifikum, was die normale Alltagsleistung parlamentarischer Systeme ist. (Dieser theoretischen Hilflosigkeit korrespondiert eine politische: die Linke ist nicht einmal in der Lage, zu begreifen, warum sich alle vier Jahre 80 und mehr Prozent der Bevölkerung an der Parteipolitik polarisieren.) Offenbar sind die Schwierigkeiten immens, Klassentheorie (»Die Bourgeoisie herrscht«) und politische Empirie (»Die Parteien herrschen«) miteinander zu vermitteln. Bevor eine alternative Erklärung angeboten wird, betrachten wir die Erklärung eines Marxisten, der so

radikal (und überraschend) wie kein anderer die Konsequenz aus diesen Schwietigkeiten gezogen hat. Aus der Tatsache, daß es »in der BRD keinen einzigen gesellschaftspolitischen Konflikt« (z.B. zwischen Kapital und Arbeit) gibt, »bei dem SPD-Kräfte nicht auf *beiden* Seiten der Frontlinie an prominenter Stelle auftreten« (Offe 1976, S. 23), d.h. aus der Tatsache, daß die SPD *keine Klassenpartei* ist, schließt Offe, daß die SPD *keine Partei* mehr ist! Spätestens hier muß man sich entscheiden: entweder man kritisiert mit Offe die Realität, weil sie nicht mit der Theorie übereinstimmt (heißt politisch: man klärt die Bevölkerung über die »Absurdität« von Wahlen auf, vgl. ebd., S. 24), oder man kritisiert die Theorie, weil sie nicht mit der Realität übereinstimmt. Das zweite Verfahren scheint mir sinnvoller.

Parteien sind keine Klassenparteien, sondern die politische Form von *Klassenbündnissen*. Hinter der Parteienherrschaft verbirgt sich nicht die Herrschaft der Großbourgeoisie, sondern die der ökonomischen Herrschaft der Großbourgeoisie unterworfenen subalternen Klassen (Mittelklassen und Klasse der lohnabhängigen Arbeiter) *beherrschen sich gegenseitig*, und zwar jeweils unter Zustimmung der Großbourgeoisie. Idealtypisch kann man liberale und konservative Parteien als Varianten des Bündnisses zwischen Mittelklassen und Großbourgeoisie, sozialdemokratische Parteien als Form des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Großbourgeoisie fassen.

Aus diesen allgemeinen Bestimmungen läßt sich als erstes die Existenz von Handlungsspielräumen für autonome staatliche Politik ableiten. Sowohl zwischen Großbourgeoisie und Mittelklassen als auch zwischen Großbourgeoisie und Arbeiterklasse gibt es Interessenwidersprüche wie -gemeinsamkeiten. Das gemeinsame Interesse von Groß- und Kleinbourgeoisie ist allgemein ihr Eigentumsinteresse, der Widerspruch besteht darin, daß im Verlauf des Akkumulationsprozesses jene sich auf Kosten dieser »vergrößert«. »Aus der Perspektive der Arbeiterklasse wird dagegen gerade das Eigentum (an Produktionsmitteln) als prinzipiell dem Eigeninteresse entgegengesetzt wahrgenommen, mit dem man sich aber unter Umständen abfindet wegen des systemimmanenten Zusammenhangs von leistungsfähigem Kapitalismus und durchschnittlicher Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen.« (Jäger 1980, S. 9)

Für staatliche Politik heißt das: je nach dem Bündnis, das die Regierungspartei repräsentiert, ergeben sich handlungsrelevante Interessenwidersprüche und Übereinstimmungen, und diese bestimmen den Spielraum für autonome staatliche Politik.

Akzeptiert man die Existenz autonomer staatlicher Handlungsmöglichkeiten, so läßt sich ferner das Hegemonieproblem präzisieren. Hegemonial ist die Politik eines Klassenbündnisses (das durch eine Partei artikuliert wird) dann, wenn sie für die Herrschaftsunterworfenen nicht nur »überzeugend« ist (was ja u.U. auch über die Herstellung von Illusionen, also über Täuschung möglich wäre), sondern wenn sie außerdem »wahr« ist als die konkurrierende Politik eines anderen Bündnisses. (Jäger 1977, S. 277) Das heißt relativ zu den Interessen des von einer Partei artikulierten Klassenbündnisses muß die Politik in größerer Übereinstimmung mit der strategischen Situation, die in letzter Instanz von der Ökonomie bestimmt wird, stehen als die konkurrierende Politik. (Für die BRD wäre nachzuweisen, daß der Sozialliberalismus und nicht der Konservatismus hegemonial ist. Vgl. dazu Jäger 1980).

In den Rahmen dieser allgemeineren politiktheoretischen Probleme gehört mein Aufsatz über die 5-Prozentklausel. Wenn das Verhältnis zwischen Klassenpolitik und Parteipolitik als eines zwischen politischen Inhalten und politischen Formen begriffen werden muß, so steht die Formanalyse im Zentrum einer marxistischen Politiktheorie. Bezogen auf das »kleine« Problem der 5-Prozentklausel lautet die Frage: hat die Effektivität der Sperrklausel (als einer bestimmten politischen Form) etwas damit zu tun, daß sie bezogen ist auf eine andere politische Form nämlich die der »politischen Partei«?

Zur Verbindung der Politik einer Partei mit ihrer sozialen Basis (»Klassenbündnis«) verwendete ich den *Programm*-Begriff (wobei das Spezifikum der grünen Partei ist, daß sie noch im Prozeß ihrer Entstehung sich befindet, sodaß auch ihre soziale Basis noch diffus ist). Ich unterschied zwischen objektivem und geschriebenem Programm. Diese Unterscheidung bezieht sich im Wesentlichen auf die Art und Weise seines Zustandekommens. Das geschriebene Programm einer Partei (Parteitagdokumente etc.) beruht allein auf den innerorganisatorischen Mechanismen der Willensbildung, auf den Kräfteverhältnissen zwischen verschiedenen Flügeln und Fraktionen einer Partei. Geschriebene Programme sind Kompromisse zwischen diesen Flügeln (oder auch zwischen »Führung« und »Basis«). Sie haben eine wichtige Funktion: sie legen offiziell den Rahmen fest, innerhalb dessen politischer Dissens in der Partei diskutiert werden darf. Z.B. wurde mit dem Godesberger Programm der SPD festgelegt, welche Art von Argumentationen innerhalb der SPD als »sozialdemokratisch« anerkannt wird; grob gesagt: alle in einem etwas anspruchsvolleren Sinn sozialistischen Argumente sollten als nicht mehr sozialdemokratisch ausgegrenzt werden. Die Binnenfunktion geschriebener Programme besteht also in der Herstellung eines u.U. prekären Gleichgewichts zwischen einerseits der Ausgrenzung bestimmter Positionen, andererseits der Verhinderung der Abspaltung der bekämpften Positionen. Die Außenfunktion läßt sich ebenfalls gut am Godesberger Programm festmachen: gerade für eine Partei außerhalb der Regierungsmacht ist das geschriebene Programm ein wichtiges Mittel zur Manifestation ihres politischen Willens (nicht zufällig begannen die programmatischen Anstrengungen der CDU/CSU nach 20-jähriger Abstinenz erst wieder nach 1969). Bis 1959 konnte die CDU/CSU die Kommunistenangst u.a. deshalb auf die SPD projizieren, weil diese tatsächlich ein verbalsozialistisches Bundesprogramm, aber keine Gelegenheit hatte, ihr abweichendes objektives Programm (das sie aber schon auf Länderebene praktizierte) auf Bundesebene darzustellen. Mit dem Godesberger Programm (und später in der Großen Koalition) versuchte die SPD erfolgreich, diese Angreifbarkeit abzubauen.

Demgegenüber kommt das objektive Programm auf ganz andere Weise zustande: der innerparteiliche Willensbildungsprozeß ist lediglich ein Faktor; ebenso wichtig sind: die parlamentarischen und rechtlichen Handlungsspielräume, Koalitionsabsprachen, Kompromisse mit dem politischen Gegner, institutionelle Hindernisse (Bürokratie) etc., kurz: der Zwang, in den vorgegebenen politischen Formen zu agieren.

Beide, geschriebenes und objektives Programm, müssen natürlich *konsistent* sein. Doch stellen sich die Konsistenzprobleme ganz anders. Das geschriebene Programm formuliert den politischen Willen (also Ziele und Mittel der Politik) einer Partei unter der hypothetischen Annahme, sie allein besäße die politische Macht im Staat; überspitzt könnte man sagen, daß sich hier das Konsistenz-Problem als rein intellektuelles Problem stellt. Das objektive Programm legt fest, welche Punkte des geschriebenen Programms wirkliche hand-

lungsrelevante Priorität haben, in welchen Punkten Kompromisse geschlossen werden, in welchen nicht etc. Das Konsistenzproblem kann man, wieder überspitzt, als ein rein politisches bezeichnen, dessen Lösung generell von der politischen Konstellation (Kräfteverhältnis im Parlament, Kontrollmöglichkeit der Regierungsmitglieder durch die Parlamentsfraktion, Kontrolle der Parlamentsfraktion durch die Partei etc.) abhängt.

Nach diesen Präliminarien wende ich mich der Kritik Bleichs zu.

III

Zu (4): Rangfolge und Geltungsbereich

Ich beginne mit dem eigentlichen Kulminationspunkt der Kritik Bleichs: das, von dem ich behaupte, man müsse es erklären, hält er für überhaupt nicht erklärens-wert. Deshalb genügt ihm auch eine fast tautologische »Erklärung«: die Wähler der Grünen seien eben »ganz einfach fest entschlossen, die Grünen zu wählen«, die Polarisierung zwischen Grünen und Nicht-Grünen sei »für sie (...) von vornherein (...) gegeben«. Daher auch Bleichs Ärger über meine Begrenzung der angebotenen Erklärung dieses Tatbestands auf überzeugte Anhänger und Sympathisanten der Grünen (faßt man diese als die potentiellen Stammwähler der Grünen auf, so beziehen sich meine Aussagen nur auf diese potentiellen Stammwähler, nicht auf das gesamte Wählerpotential der Grünen): »Gibt es hier überhaupt etwas zu erklären?« Antwort - nein: »die Tatsache, daß überzeugte Anhänger der Grünen auch die Grünen wählen« sei eine »Trivialität«.

Dafür, daß es sich um ein nicht-triviales Problem handelt, sprechen folgende Argumente:

1. Es sei noch mal daran erinnert, daß auch DKP-Mitglieder (ganz zu schweigen von den Sympathisanten) zuweilen die DKP nicht wählen: »dem Vernehmen nach waren sich im Mai 1975 (bei den NRW-Landtags-Wahlen, KEL) nordrheinwestfälische DKP-Funktionäre (!) noch am Wahltag nicht sicher, ob sie ihre eigene Partei wählen würden« (Offe 1976, S. 24). Man wird doch wohl annehmen dürfen, daß DKP-Funktionäre von dem DKP-Programm genauso überzeugt sind, wie die Grünen von dem Grünen Programm.

2. Der Tatbestand, daß eine »echte« Partei wie die NPD 1969 immerhin 4,3 Prozent der Stimmen erhielt, geht (wie das Schicksal der NPD seit 1969 beweist) auf die fehlende Polarisierung zwischen den Parlamentsparteien während der Großen Koalition zurück. Das Erstaunliche (und d.h. Erklärens-werte) bei den grünen Erfolgen ist, daß sie trotz der gegenwärtigen parteipolitischen Polarisierung zwischen SPD/FDP und CDU/CSU zustande gekommen sind.

3. Meine Erklärung gilt nicht einmal für jedes einzelne empirische »grüne Individuum«, sondern nur für das ideale »grüne Durchschnittsindividuum«: selbst etliche Grüne befürchten, durch eine Kandidatur bei den Bundestagswahlen Strauß zur Macht zu verhelfen.

Meines Erachtens sprechen alle drei Argumente dafür, daß es sich bei der Frage: warum überzeugte Grüne und Grüne-Sympathisanten auch die Grünen wählen, um ein wirkliches Problem handelt. Der Kern meiner Argumentation lautet: die Grünen haben kein globales objektives Programm, weil es sich um eine erst in Entstehung begriffene Partei handelt; es ist aber ein glücklicher Umstand, daß dieses Programm-Defizit den Grünen hinsichtlich der vorgefunden politischen Form »5-Prozentklausel« einen Vorteil verschafft. Zweierlei kann man durch politische Formanalyse nicht (sondern nur durch empirische For-

schung): man kann weder prognostizieren, daß (oder daß nicht) die Grünen im Herbst die 5-Prozenthürde überspringen (das hängt z.B. auch vom Wahlverhalten der Linken ab, also der nicht-grünen Wähler), noch kann man ihre inhaltlich-programmatische Entwicklung vorhersehen. Diese hängt nicht nur von den Grünen ab, sondern von ganz anderen Faktoren (den Kräfteverhältnissen in den Parlamenten, den Politiken der anderen Parteien etc.); ich halte es für wahrscheinlich, daß es in den kommenden Jahren zu den ganz normalen Konflikten, Abspaltungen etc. bei den Grünen kommt, die nun mal mit dem Prozeß der Parteiwiederung verbunden sind.

Wenn Bleich mir vorwirft, es bleibe auch nach meinen Ausführungen für die parteipolitisch ungebundene Linke »nahezu alles so unklar (...), wie es bisher gewesen ist«, so kann ich nur antworten: für die Unklarheit, ob wir mit einer Wahl der Grünen unsere Stimme »verschenken«, bin nicht ich, sondern ist das Institut der 5-Prozentklausel verantwortlich; für die Unklarheit über die programmatische Entwicklung der Grünen bin nicht ich, sondern ist der Umstand verantwortlich, daß die Grünen eine Embryo-Partei sind (ihnen das vorzuwerfen, heißt zu verlangen, daß sie als Partei existieren sollen, nicht aber als solche entstehen dürfen).

In Folgendem hoffe ich aber, etwas Klarheit geschaffen zu haben:

1. Die Grünen haben einen relativen Vorteil hinsichtlich der 5-Prozentklausel – einen Vorteil, den die Linke durch die Wahl der Grünen unterstützen sollte.
2. Wir Linken *haben* eine Rangfolge, und zwar zu Recht: Schmidt ist nicht gleich Strauß. Das bildet unser Dilemma. Die Form des Umgangs mit diesem Dilemma, die Altwater vorschlägt, könnte für alle Linken akzeptabel sein: »Die Wahlfrage ist also zu beantworten: mit all den intellektuellen Mentalreservationen für die Partei der Grünen. Die Direktstimme sollte man/frau, je nach Kandidat, auch an einen SPD-Kandidaten oder möglicherweise sogar an einen von der FDP vergeben. Das Experiment muß eine Chance erhalten.« (1980, S. 105) –

Die übrigen Kritikpunkte (1. bis 3.) Bleichs beruhen auf einem bekannten Verfahren. Bleich nimmt scheinbar mein Bemühen auf, in begrifflich präziser Weise über Politik zu sprechen, um es durch Überpräzisierung ad absurdum zu führen (mit dem schon bekannten inhaltlichen Ergebnis, daß Bleich keine inhaltliche Alternativ-Erklärung anbietet, sondern das zu Erklärende als nicht erklärens-wert behauptet). So wichtig es ist, Begriffe zu präzisieren und klar zu sprechen, so falsch wäre es, die Differenz zwischen sozial- und naturwissenschaftlicher Präzision zu übersehen. Das sei an den Begriffen »Punkt« und »Konsistenz« demonstriert.

Die sprachliche Charakterisierung der Grünen als »Zwei-Punkt-Bewegung« benutzt einen Begriff der politischen Umgangssprache, dessen rationaler Kern in der Einsicht besteht, a) daß man sinnvollerweise verschiedene Politikbereiche (= »Punkte«) voneinander unterscheiden kann, und b) daß die Grünen sich nicht an irgendwelchen, sondern an den Politikbereichen »Umweltschutz« und »Radikaldemokratie« herausgebildet haben. Präzisiert man nun à la Bleich »Punkt« in Analogie zu dem Terminus »Punkt« in mathematischen Theorien, wonach ein Punkt ein »dimensionsloses Gebilde« oder »die kleinste nicht-leere Teilmenge eines euklidischen Raums« ist, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß der Ausdruck »Ein-Punkt-Bewegung« entweder ganz unzulässig oder aber in sich widersprüchlich ist, weil ein »Punkt« wie »Umweltpolitik« in sich sehr komplex ist (vgl. Bleich 1. b)). Würde man nun Bleich folgen und die Bezeichnung »Ein-Punkt-Bewegung« lediglich solchen »sozialen Bewegungen« zuerkennen, die sich an einem nichtkomplexen »Punkt« her-

ausbilden, so könnte man wahrscheinlich nicht einmal die schlichteste Bürgerinitiative als »Ein-Punkt-Bewegung« kennzeichnen, d.h. man würde nur politisch völlig uninteressante Phänomene untersuchen. Umgekehrt verhindert diese Überpräzisierung die Unterscheidung z.B. zwischen Parteien, die in sämtlichen, und Bürgerinitiativen, die nur in einem Politikfeld agieren. Der Leser mag über den Sinn solcher Begriffspräzisierung selbst urteilen.

Zu ähnlichen Absurditäten führt Bleichs Überpräzisierung des Konsistenz-Begriffs: ihm zufolge bedeutet »Konsistenz« eines Programms dessen sprachliche formale Widerspruchsfreiheit. Bei mir hatte Konsistenz zwar auch etwas mit Widerspruchsfreiheit zu tun, aber in einem anderen, nämlich politik- bzw. hegemonie-theoretischen Kontext: Inkonsistenz eines Programms liegt dann vor, wenn widersprüchliche, gleichzeitig nicht zu realisierende Politikziele angestrebt werden oder wenn die angestrebten Ziele in Widerspruch zu den politischen Mitteln ihrer Durchsetzung stehen. Ein in diesem Sinn inkonsistentes Programm mag sprachlich durchaus widerspruchsfrei formuliert sein. Es hat aber mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht die Fähigkeit, massenwirksam zu sein und große Teile der Bevölkerung von seiner Richtigkeit zu überzeugen.

Faßt man dagegen mit Bleich »Konsistenz« lediglich als »formale Widerspruchsfreiheit« auf, so kommt man zu dem absurden Schluß, daß die Überzeugungskraft z.B. eines bürgerlichen Programms aus dem Umstand resultiert, daß die Leute massenhaft in früh-wittgensteinscher Manier diese Programme einer Sprachanalyse unterzogen und Widerspruchsfreiheit konstatiert haben. Umgekehrt kann Bleich meine Aussage, daß ein Programm, welches keine (globalen, also alle Politikbereiche betreffenden) Konsistenzprobleme habe, wie das der Grünen, nur so interpretieren, als ob es »lediglich aus einem Wort oder einem elementaren Satz bestünde« (Bleich). Wieder mag der Leser entscheiden, wie sinnvoll derartige Präzisierungen sind, deren Funktion darin besteht, jede inhaltliche politiktheoretische Auseinandersetzung zu vermeiden.

Zu 1.: 2-Punkt-Problem

Zu 1.a): Wenn ich ausdrücklich behaupte, daß die Grünen hinsichtlich ihres objektiven Programms eine »2-Punkt-Bewegung« sind, so kann sich die Aussage, diese zwei Punkte seien »die alles übrige dominierenden und strukturierenden«, nur auf das geschriebene Programm beziehen.

Zu 1.b): Vergleiche meine Ausführungen zur Überpräzisierung des Begriffs »Punkt«.

Zu 1.c): Daß die Programme der »richtigen«, z.B. im Parlament vertretenen Parteien nicht auf zwei »Punkte« reduziert werden können, folgt schon daraus, daß sie gezwungen sind, sich im Parlament zu *allen* politischen Fragen zu verhalten. Unterstellt, die Grünen säßen im Parlament und würden sich nur zu Entscheidungen über Umweltschutz/Radikaldemokratie zustimmend oder ablehnend verhalten; in allen anderen Politikbereichen würden sie sich der Stimme enthalten. Es liegt auf der Hand, daß damit ein globales objektives Programm der Grünen gegeben wäre - unabhängig davon, ob die Grünen das bestreiten oder nicht.

Zu 2.: Konsistenz und Vergleichbarkeit

Zu 2.a): Dieser Abschnitt verdankt sich einem Mißverständnis Bleichs. Bleich trennt die Konsistenz-Problematik von der Globalitäts-Problematik - während ich erstere nur *in Bezug* auf letztere behandle. Zu sagen, ein Programm sei global, heißt eine extensionale Aus-

sage zu machen: ein globales Programm deckt *alle* Politikbereiche ab. Die Konsistenzproblematik *kann* sich auf die Globalität beziehen (in meinem Artikel bezog sie sich *ausschließlich* darauf): es handelt sich dann um Widerspruchsfreiheit zwischen *allen* Programmpunkten. Aber selbstverständlich stellen sich Konsistenzprobleme auch für jeden (komplexen) Einzelpunkt. Wenn die Grünen nicht in der Lage sind, ein konsistentes Umweltprogramm oder ein konsistentes Zwei-Punkt-(Umwelt/Radikaldemokratie)Programm zu erstellen, dann ist das ihr spezielles Pech. Der Effekt dürfte schlicht darin bestehen, daß sie nicht einmal die Umweltschützer bzw. die Radikaldemokraten von ihrer Politik überzeugen können. Daß man zum Überzeugen ein überzeugendes Programm haben muß, ist *kein Spezifikum der herrschenden politischen Formen*. Ich untersuche doch die Frage, welchen Einfluß die 5-Prozentklausel auf die Wahlentscheidung eines *überzeugten* DKP-Sympathisanten, eines *überzeugten* Grünen hat. Hierzu ist es legitim, vorauszusetzen, daß das Überzeugende – das Programm – konsistent ist, gleichgültig, ob es ein globales oder ein 2-Punkt-Programm ist. Deshalb ist auch Bleichs Disjunktion der Programme in konsistente und inkonsistente unvollständig. Es gibt vier Möglichkeiten: konsistente/inkonsistente globale und konsistente/inkonsistente nicht-globale Programme. Daher löst sich das, was Bleich »paradox« nennt: »daß nämlich die Grünen zwar ein Programm haben, jedoch in Bezug auf dieses keinerlei Konsistenzproblemen ausgesetzt sind«, ganz einfach auf: die Grünen haben ein nicht-globales Programm und stehen auch nicht vor dem Problem, ein globales Programm konsistent machen zu müssen. Etwas, was nicht existiert, muß man nicht konsistent machen.

Zu 2. b): Meine Behauptung »Wenn ein Programm konsistent ist, ist es mit anderen Programmen vergleichbar«, ist in der Tat problematisch, weil nicht vollständig.

Was besagt die Aussage, ein objektives Programm sei inkonsistent? Sie besagt, daß der politische Wille, der in diesem Programm zum Ausdruck kommt, nicht widerspruchsfrei zu beschreiben ist, was zur Folge hat, daß ich von einer Partei mit inkonsistentem Programm nicht sagen kann, was sie politisch will (eben weil sie Widersprüchliches, gleichzeitig nicht Realisierbares will). Aus einem *anderen Grund* gilt dies aber auch für die Grünen: nämlich weil sie kein globales Programm haben. Was man z.B. über die Grünen weiß, ist, daß sie in puncto Umweltschutz nicht oder am wenigsten kompromißbereit sind. Was man aber nicht weiß: zu welchen Kompromissen und Zugeständnissen sie etwa im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik bereit sind, *wenn* sie durch solche Zugeständnisse andere, etwa umweltpolitische Handlungsmöglichkeiten erhalten können (z.B. von einem potentiellen Koalitionspartner). Und dies hängt auch nicht nur von den Grünen, sondern von der jeweiligen parlamentarischen Konstellation ab.

Ein Programm, das (nicht weil Inkonsistenz, sondern weil Nichtglobalität vorliegt) zu weiten Teilen gar nicht existiert, kann ich zu weiten Teilen auch nicht mit anderen Programmen vergleichen; Vergleichbarkeit setzt Existenz des zu Vergleichenden voraus. Der Satz muß also richtig heißen: »Wenn ein Programm global und konsistent ist, ist es mit anderen globalen Programmen vergleichbar.«

Zu 2. c): Daß sich zwei Punkte sehr wohl widersprechen können, hat Bleich fein festgestellt (ich hatte auch nichts Gegenteilige behauptet). Es handelt sich hier wiederum (vgl. »zu 2. a)«) um die Entkopplung von »Konsistenz« und »Globalität«, sodaß sich eine weitere Gegenargumentation erübrigt.

Zu 2. d): vgl. »zu 1. a)« und »zu 1. b)«

Zu 3. Problem der Erklärung

Hier besteht die Differenz zunächst in dem, was man unter dem »politischen Willen« einer Partei zu verstehen hat. Daß ein politischer Wille eine Problemerkennntnis voraussetzt, ist ziemlich trivial; daher ist die alternative Erklärung Bleichs (die Grünen erkennen ein Problem und ziehen daraus politische Konsequenzen) keine Alternative: sie beschreibt nur, was normalerweise zur Willensbildung gehört, ohne das Wort »Wille« zu benutzen. Bleich scheint die Wörter »wollen« und »wünschen« gleichzusetzen. Dann kann man aber nicht sagen, die Grünen würden sich dadurch von SPD oder CDU unterscheiden, daß sie für eine intakte Umwelt seien. Denn offenbar wäre es falsch, wollte man behaupten, SPD und CDU würden eine zerstörte Umwelt wünschen. Sie »wollen« zwar eine nicht zerstörte Umwelt, aber erstens zeigt ihre faktische Politik, daß sie nicht alles tun, was dazu nötig und möglich wäre, und zweitens erklärt sich diese Divergenz zwischen »Wollen« und Handeln durch die notwendige Rücksicht auf andere Programmpunkte: wer z.B. die Profitabilität privater Unternehmen sichern will, muß zusehen, daß deren Kosten – z.B. durch Umweltschutzaufgaben – nicht allzu sehr steigen.

So wie bislang das Verb »wollen« gebraucht wurde (als Synonym für »wünschen«) ist es ziemlich nichtssagend: *irgendwie* »wollen« alle Parteien die Umweltzerstörung stoppen. Fassen wir daher den »politischen Willen« einer Partei schärfer: vom politischen Willen einer Partei in Bezug auf ein Politikziel X sprechen wir nur dann, wenn X nicht nur als Ziel behauptet (und subjektiv gewünscht) wird, sondern wenn X angesichts einer Handlungsmöglichkeit durch die Partei tatsächlich zu realisieren versucht wird. Dann macht allerdings die Formulierung, daß die etablierten Parteien eine konsequente Umweltschutzpolitik »nicht wollen können«, im Unterschied zu »sie wollen nicht«, einen Sinn (der beziehungsweise wieder mit dem Konsistenzproblem globaler Programme zu tun hat).

Literatur

- Altwater, Elmar, 1980: »Kleineres Übel« oder grünes Projekt?, in: Lutz Metz, Ulf Wolter (Hrsg.): Die Qual der Wahl, Berlin/West, S. 77 - 105
- Becker-Panitz, Helmut, und Ursula Schmiederer, 1976: Pepsi- oder Coca-Cola? Oder: Warum wir gegen eine Wahldiskussion sind, in: links, Nr. 78, Juni 1976, S. 22
- Jäger, Michael, 1977: Das Potential Gramscis. Über das Verhältnis der eurokommunistischen Parteien zu ihrem revolutionären Theoretiker, in: Reader zum Seminar des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (17.-20.11.1977), o.O. (Berlin/West), S. 239 - 289
- ders. 1979: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband AS 44, S. 45 - 64
- ders. 1980: Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus (Manuskript), erscheint demnächst in Argument Sonderband AS 51, Rechter Populismus oder Sozialliberalismus? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland
- Offe, Claus, 1976: Wahlen und Wählen, in: links Nr. 78, Juni 1976, S. 23f.